

KOSTENLOSE KITAS UND KRIPPEN

EIN GROSSER WURF FÜR DIE KLEINEN

Lebhafte Debatten über die Abschaffung der Kita-Gebühren prägten die Landtagswoche. **Gerhard Merz** stellte den SPD-Gesetzesentwurf vor - „das Original“. Er sagte: „Das von der SPD vorgelegte Chancen-Gesetz ist ein großer Wurf. Unser erstes Ziel: Wir wollen die vollständige Beitragsfreiheit bis 2019 unabhängig von Alter und Betreuungszeit der Kinder.“ Der schwarz-grüne Entwurf bedeute hingegen, dass Zehntausende Eltern auch weiterhin Gebühren zahlen müssten, zum Beispiel für alle Krippen- und Hortplätze und für Ganztagsbetreuung. Zweites Ziel der SPD-Initiative ist die grundlegende Verbesserung der Personalsituation in Kindertagesstätten, was zentrale Vorausset-



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

zung für die Verbesserung der Qualität in den Einrichtungen ist. So sollen in drei Schritten bis zum Jahr 2022 Aufschläge von je 20 Prozent für mittelbare pädagogische Zeiten und für Ausfallzeiten sowie eine gesetzliche Regelung für Freistellungen von Kita-Leitungen eingeführt werden. „Dies sind dringende Maßnahmen, die sich in den hastig nachgeschobenen Vorschlägen von Schwarz-Grün entweder gar nicht oder vollkommen unzureichend finden.“ Drittes Ziel sei die Entlastung der Kommunen. „Derzeit trägt das Land nicht

einmal 20 Prozent der Betriebskosten. Das ist eindeutig zu wenig und es wird angesichts steigender Kosten auch zukünftig nicht ausreichen. Wir stehen für eine verlässliche, ausreichende und zukunftssichere gemeinsame Finanzierung der frühkindlichen Bildung durch Land und Kommunen. Das Land soll zwei Drittel der Betriebskosten übernehmen.“ Viertes Ziel sei, so Merz, die Entlastung von Kommunen und freien Trägern von der überbordenden Bürokratie des derzeitigen KiFöG-Systems. ■



FOTO: EUGEN WAIS - FOTOLIA

GEBÜHRENFREIHEIT IN DIE VERFASSUNG

Für die hessische SPD ist gebührenfreie Bildung ein zentraler Punkt für Chancengleichheit. Deshalb soll sie auch in der hessischen Verfassung verankert werden. **Thorsten Schäfer-Gümbel** sagte dazu: „Ziel ist ein ausdrückliches Recht auf kostenfreie Bildung. Wir wollen garantieren, dass der Besuch von Krippen und Kitas, von Schulen und Hochschulen gebührenfrei ist.“

(Mehr zur Verfassungsdebatte siehe letzte Seite)

HUMANITÄRE AUSGESTALTUNG

Der Hessische Landtag hat einen Gesetzesentwurf von CDU und Grünen zur Abschiebehaf beschlossene, leider ohne wichtige Änderungen im Hinblick auf eine humanitäre Ausgestaltung zu berücksichtigen. **Nancy Faeser** warb für Vorschläge der SPD. „Abschiebungshaft ist eben keine Strafhaft. Die Persönlichkeitsrechte und die Würde der Untergebrachten müssen gewahrt werden und den schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs ist entgegenzuwirken.“ Die SPD habe vorgeschlagen, dass

Minderjährige, Schwangere und Mütter im Mutterschutz nicht in Abschiebehaf genommen werden dürfen. Viele andere Bundesländer hätten in Erlassen geregelt, dass solche besonders schutzbedürftige Personen nicht inhaftiert werden dürften. „Wir fordern die schwarz-grüne Landesregierung auf, wenn die Koalition schon unseren Änderungsantrag abgelehnt hat, hier eine Regelung zu treffen, die sicherstellt, dass diese Personen nicht in Abschiebungshaft genommen werden können.“

GENERALDEBATTE ZUM HAUSHALT 2018/2019

NEUER HESSENPLAN STATT WEITER FLICKWERK

Zur zweiten Lesung des Landeshaushalts findet traditionell eine landespolitische Generaldebatte statt. **Thorsten Schäfer-Gümbel** zog eine ernüchternde Bilanz der Arbeit von Schwarz-Grün. Nach 18 Jahren im Amt sei die CDU-geführte Landesregierung ohne Ideen für die Zukunftsaufgaben.

Am Beispiel der Bildungspolitik machte Schäfer-Gümbel exemplarisch deutlich, wie die Landesregierung sich in Flickwerk verliere. An Ministerpräsident Volker Bouffier gerichtet sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende: „Sie doktern seit 18 Jahren an unseren Schulen herum, ohne dass sich dadurch etwas an dem Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft von Kindern und deren Bildungserfolg geändert hat. Der Ganztagschulausbau findet nicht statt. Sie legen ein Kita-Konzept



HART INS GERICHT GING THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL MIT DER PERSPEKTIVLOSEN POLITIK VON MINISTERPRÄSIDENT VOLKER BOUFFIER.

vor, das angeblich die Eltern entlastet, tatsächlich aber die Kosten der Kinderbetreuung nur auf die Kommunen verlagert.“ Auch bei der Verkehrspolitik und bei der Infrastruktur sei Hessen durch die CDU-geführten Landesregierungen der vergangenen 18 Jahre in der Sackgasse gelandet, so Schäfer-Gümbel. Nur ein Ausbau der Bahnlinien und der Straßen könne dem Bevölkerungswachs-

tum in Ballungsgebieten gerecht werden. „Die täglichen Staus und das Gedränge in überfüllten Pendlerzügen verdanken die Menschen in Hessen der CDU.“

Die Probleme würden durch den drängenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum verschärft, „Das Motto muss sein: Bauen, bauen, bauen!“ Schäfer-Gümbel forderte eine Verdoppelung der Mittel für den öffentlich

geförderten Wohnungsbau. Der eigenen Forderung nach einer verbilligten Abgabe von Grundstücken für den Wohnungsbau werde das Land nicht gerecht. „Bei der Veräußerung des alten Frankfurter Polizeipräsidiums verhält sich Hessen Finanzminister wie ein Immobilienspekulant.“ Hessen brauche einen Aufbruch mit neuen Ideen - dafür stehe der Hessenplan der SPD.

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

BILDUNGSGERECHTIGKEIT DURCH MEHR GANZTAGSCHULEN

Die aktuelle Internationale Grundschul-Leseuntersuchung (IGLU) hat ergeben, dass sich die Leseleistungen der Viertklässler in Deutschland seit 2001 kaum verändert haben und erneut nur im internationalen Mittelfeld liegen. Darüber hinaus haben die sozial bedingten Leistungsunterschiede zugenommen. „Das ist eine besorgniserregende



Entwicklung“, sagte dazu **Christoph Degen**. Jedes fünfte Kind verlasse die Grundschule, ohne richtig lesen zu können. Die zentrale Forderung der Studie laute: Gebt den Kindern ausreichend Zeit zum Lesen. Denn während Schülerinnen und Schüler in Deutschland 87 Stunden pro Jahr speziell mit Leseunterricht und Leseaktivitäten verbringen, liege der internationale Mittelwert bei 156 Stunden. Ein wesentlicher Grund dafür: In anderen Ländern endet die Grund-



GENUG ZEIT ZUM LESEN IST EIN WICHTIGER FAKTOR FÜR DEN LERNERFOLG AN GRUNDSCHULEN.

FOTO: CONTRASTWERKSTATT - FOTOLIA

schule nicht mittags, sondern es gibt echte Ganztagschulen. „Ein wesentlicher Baustein zum Abbau von Chancenungleichheit ist deshalb der flächendeckende Ausbau echter Ganztagschulen.“

LESUNG DER EINZELPLÄNE

SCHWARZ-GRÜN BLENDET PROBLEME AUS

In jedem Politikfeld das gleiche Bild: Schwarz-Grün blendet die Probleme aus und stellt keine Weichen für die Zukunft. Bei der Beratung des Doppelhaushalts 2018/2019 hagelte es Kritik.



MEHR POLIZEI IN DIE FLÄCHE

40 der zusätzlichen Polizeistellen werden im Innenministerium geschaffen, kritisierte **Nancy Faeser**: „Dabei brauchen wir mehr Indianer auf der Straße, nicht noch mehr Häuptlinge in Wiesbaden.“ Die SPD hat beantragt, zusätzlich 200 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einzustellen. „Zudem brauchen die hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte echte Perspektiven bei Beförderungen.“



ARBEITEN AM LIMIT

Mindestens 100 Millionen Euro aus dem Kultusetat werden gebunkert, weil sie aufgrund des Lehrermangels überhaupt nicht ausgegeben werden, kritisiert **Christoph Degen**.



„Neue Stellen stehen vor allem auf dem Papier, weil die Landesregierung versäumt hat, rechtzeitig Lehrkräfte auszubilden. Der Stellenaufwuchs ist Beruhigungsspiel für überlastete Lehrkräfte, die in Hessen am Limit arbeiten müssen. Um mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, muss mehr in echte Ganztagschulen, in Schulsozialarbeit und in Aus- und Fortbildung investiert werden.“



STELLENABBAU BELASTET

Bereits im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ erfolgte ab 2003 ein massiver Stellenabbau in Höhe von über 800 Stellen in der hessischen Justiz, kritisierte **Heike Hofmann**. Dieser Abbau erhöhte sich in den Folgejahren um weitere 350 bis 450 Stellen. „Jetzt, ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl, gibt es wieder mehr Personal, aber das schließt die Lücken nicht. Im Allgemeinen Vollzugsdienst fehlen nach wie vor über 100 Stellen. 17 hessische Vollzugsanstalten weisen einen erheblichen Sanierungsstau aus, das ist auch sicherheitsrelevant. Wir haben zur Stärkung des Opferschutzes in Hessen die Gründung einer Opferstiftung vorgeschlagen, um Opfer einer Straftat schnell und unbürokratisch finanziell beizustehen.“



STROHFEUER IM WAHLJAHR

„Dieser schwarz-grüne Doppelhaushalt ist Musterbeispiel für einen Wahlkampfhaushalt ohne nachhaltige Wirkung“, kritisiert **Marius Weiß** den Etat des Finanzministers. „Zum Beispiel blitzen zahlreiche Projekte für den ländlichen Raum als Strohfeuer im Wahljahr 2018 kurz auf und werden direkt nach der Wahl im Haushaltsjahr 2019 wieder auf Sparflamme herunter gedreht. Der Finanzminister lässt Flocken über das Land rieseln. Das sieht schön aus, aber schon am nächsten Tag ist alles wieder weggetaut und versickert.“



MARODE STRASSEN

„Nach 18 Jahren CDU-Regierung ist die Verkehrsinfrastruktur in Hessen auf den Hund gekommen“, bemängelt **Tobias Eckert**. „Marode Straßen, fehlende Infrastrukturprojekte, volle Züge und S-Bahnen



Fortsetzung nächste Seite ►

SCHWARZ-GRÜN BLENDET PROBLEME AUS

► *Fortsetzung von Seite 3*
und eine drastische Zunahme der Stauzeiten. Dazu existiert eine kaputtorganisierte Landesverwaltung Hessen Mobil, in der immer weniger Menschen immer mehr leisten sollen.“ Die SPD fordere bei der Wirtschaftsförderung immer soziale, innovative und nachhaltige Kriterien zu berücksichtigen, um dem Anspruch auf gute Arbeit zur Umsetzung zu verhelfen. „Die sogenannte ‚Digitale Agenda‘ des Wirtschaftsministers ist und bleibt ein Sammelsurium unterschiedlicher Maßnahmen – ohne grundlegendes Konzept.“



SCHWACH BEI PFLEGE

Der Sozialetat bietet aus Sicht von **Gerhard Merz** „keine Lösung für die Kernfragen in Sachen frühkindliche Bildung, bei der Pflege und in der gesundheitlichen Versorgung. Er wird den Anforderungen an Armutsbekämpfung nicht gerecht. Die Programme im Bereich Arbeitsmarkt und Ausbildung sind nicht zielführend, sie sind planlos. Die Kommunalisierung sozialer Hilfen ist konzeptionslos, wir werden sie abschaffen.“ In der Altenpflege gebe die Landesregierung keine Antwort auf den Fachkräftemangel. Wichtige Aufgaben wie die Obdachlosenhilfe oder echte Migrationsberatung seien im Sozialbudget nicht berücksichtigt.



TRINKWASSER GEFÄHRDET

Zu wenig Einsatz für den Schutz von Trinkwasser wirft **Angelika Löber** der Koalition vor. Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie sei unzureichend finanziert. Nach wie vor sei auch die Nitratbelastung der Böden viel zu hoch, doch seien kaum Projekte geplant, um den Einsatz an Dünge- und Pflanzenschutzmitteln zu verringern. Die SPD fordere einen Stopp beim Stellenabbau bei HessenForst. Die nachhaltige Forstwirtschaft müsse im Mittelpunkt stehen.



MITTELMASS BEI UNIS

„Die Landesregierung lobt sich für Rekorde, die bundesweit bestenfalls als Mittelmaß durchgehen“, kritisierte **Gernot Grumbach** den Hochschuletat. Bei den Ausgaben pro Kopf der Studierenden liege das Land auf Platz 12 aller Bundesländer. „Zudem werden nicht genügend Studierende in Hessen ausgebildet, um den Bedarf zu decken.“



MIT DEM KOPF DURCH DIE WAND

Die schwarz-grüne Mehrheit hat das hoch umstrittene neue Landtagswahlgesetz beschlossen. Damit werden die Grenzen von 16 Wahlkreisen verändert - auf der Basis veralteter Bevölkerungszahlen und ohne ausreichende Begründung. Aus Sicht der SPD-Fraktion greift die Koalition damit willkürlich in das Wahlrecht ein, kritisierte **Günter Rudolph**. Offensichtlich beruhe die Änderung auf parteitaktischen Überlegungen. Die SPD-Fraktion behält sich eine rechtliche Überprüfung vor.



KEIN FORTSCHRITT BEI TRANSPARENZ

Der Datenschutzexperte der SPD-Fraktion, **Rüdiger Holschuh**, hat den Entwurf der schwarz-grünen Koalition für ein neues Datenschutzgesetz kritisiert. „Wer gehofft hatte, dass damit endlich Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger hergestellt würde, wer wo welche Daten über sie speichert und warum, der sieht sich getäuscht. Der Entwurf hat mit Informationsfreiheit nicht viel zu tun: Er sieht zum Beispiel vor, dass weder Gemeinden und Landkreise noch Polizei und Verfassungsschutz Auskunft geben müssen. Sogas kommt also dabei raus, wenn die Grünen ein Gesetz wollen und die CDU nicht. Dann gibt es ein Gesetz, das eigentlich für niemanden gilt und niemandem etwas bringt.“



FOTO: GERT-UWE MENDE



BEKENNTNIS ZUM FLUGHAFEN KASSEL

Der verkehrspolitische Sprecher **Uwe Frankenberger** hat von Schwarz-Grün ein klares Bekenntnis zum Flughafen Kassel-Calden gefordert. Während die EU dem Flughafen bis zum Jahr 2024 Zeit zur Entwicklung gegeben habe, habe die Koalition vereinbart, dass er schon 2017 umfassend evaluiert werde. „Damit ist bereits viel Schaden angerichtet worden, denn potentielle Investoren brauchen Planungssicherheit.“ Kassel-Calden sei als Gewerbe- und Industriestandort für luftfahrtaffine Betriebe führend unter den Regionalflughäfen. Derzeit befänden sich hier 800 Arbeitsplätze sowie circa 2200 indirekte und induzierte Arbeitsplätze.



SOZIALER KERN DER VERFASSUNG BLEIBT

Viel Bereitschaft zum Konsens hat **Norbert Schmitt** in der Enquete-Kommission zur Verfassungsreform erfahren. 15 geplante Änderungen gehen jetzt ins Gesetzgebungsverfahren, am Ende entscheiden die Bürgerinnen und Bürger voraussichtlich zusammen mit der Landtagswahl in einer Volksabstimmung.



„Aus Sicht der SPD ist es ein großer Erfolg, dass man gemeinsam mit CDU, FDP und Grünen insgesamt 15 Gesetzentwürfe zur Änderungen der Hessischen Landesverfassung eingebracht hat und auch die Linke viele diese Änderungen mitträgt“, sagte Schmitt. Dazu habe man keine „faulen Kompromisse“ geschlossen, sondern saubere Übereinkünfte gefunden. Schmitt bedauerte allerdings, dass es zum Vorschlag der SPD zur kos-

tenfreien Bildung und zur verfassungsrechtlichen Verankerung des Verbots von Studiengebühren keinen Konsens gegeben habe. Die SPD bleibe an dem Thema dran.

„Wichtig war der SPD, dass der historische Kern der Hessischen Verfassung nicht verändert wird. Die Hessische Verfassung, die älteste Länderverfassung nach dem Zweiten Weltkrieg, zeichnet sich nämlich durch besondere soziale Rechte aus und macht deutlich, dass die Wirtschaft sich dem Wohle der Bürgerinnen und Bürger unterzuordnen hat und nicht umgekehrt. Mit den geplanten Änderungen wird die Hessische Verfassung also modernisiert, ohne ihren besonderen sozialen Charakter zu beschneiden“, sagte Schmitt.



DIE GEPLANTEN VERFASSUNGÄNDERUNGEN

Was soll in der Hessischen Verfassung geändert werden? Zu diesen Vorschlägen besteht weitgehendes Einverständnis über die Fraktionsgrenzen hinweg:

- Artikel 1: Stärkung der Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Artikel 4: Stärkung der Kinderrechte
- Artikel 12a: Recht auf informationelle Selbstbestimmung
- Artikel 21 und 109: Aufhebung der Regelungen zur Todesstrafe
- Artikel 26: Definition des Beriffs

Staatsziele und Einfügung neuer Staatsziele: Förderung von Nachhaltigkeit, Infrastruktur, Schutz der Kultur, Ehrenamt und Sport

- Artikel 64: Bekenntnis zur europäischen Integration
- Artikel 75: Wählbarkeit zum Landtag ab 18 Jahren
- Artikel 120: Elektronische Verkündung von Gesetzen
- Artikel 124: Erleichterung von Volksbegehren
- Artikel 144: Stärkung der Unabhängigkeit des Rechnungshofs.

Impressum
 SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende
 (verantwortlich)
 Gerfried Zluga-Buck
 Christoph Gehring
 Martina Häusel-David
 Valeska Fuhr